

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Verleger: Carl Neubauer. Hauptredaktion: Dresden, Hauptstraße 38.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. Die einpaltige 37 mm breite Zeile 3,00 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10paltige An- u. Verträge 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzl. Anträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schreibweise und Satzverfahren: Merzdruck 38/40. Druck u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Geschäftsbriefe werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22 | Berliner Bureau: Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 | Berlin W 56, Französische Straße 33e

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinnschein-Einlösung
An- und Verkauf in- und ausländischer Werte
Vermittlung der Abstempelung tschechisch-slowakischer Wertpapiere

General Maerckers Bernehmung in Leipzig.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Leipzig, 13. Dez. In der heutigen Sitzung des Jagow-Prozesses wurde die Neugewernehmung fortgesetzt. Generalmajor Theissen führte aus: Gerüchte über Vorkämpfe gingen im März zwar um, aber über Ehrhardt und Wittwib veranlaßte nichts Bestimmtes. Ich war damals Kommandeur des Regiments Nr. 6 in der Alexander-Kaserne. Am 12. März wurden wir alarmiert. In der Nacht zum 13. habe ich das Wilhelm-Biertel besetzen lassen. Der Befehl entfiel den mündlichen Befehl:

„Gewalt gegen Gewalt! Ueberrennen lassen wir uns nicht! Das Regiment hat dann aber den Befehl bekommen, abzurücken und sich wieder in die Kaserne zu begeben. Ich habe keine Verbindung mit der Regierung und wußte auch nicht, wo sie sich aufhielt.“

Geheimer Regierungsrat a. D. Dr. Doga: Jagow war neben Jahre lang mein Vorgesetzter im Polizeipräsidium; wir hatten infolge der gemeinsamen Arbeit in einem freundschaftlichen Verhältnis. Ueber die Pläne Kapps und Wittwib habe ich vorher nur gerüchelt gehört. Am 12. März wurde mir mitgeteilt, die Regierung sei geflohen, und Kapp und Wittwib seien im Besitz der Macht. Das Ministerium des Innern war befehl, aber ich kam ohne Indes hin. Ich suchte dort Jagow auf und hörte von ihm, daß er das Ministerium des Innern auf Kapps Erlaß übernommen habe und gewisse Änderungen des Personalbestandes vornehmen werde. Er war der Meinung, daß die Aufrechterhaltung der demokratischen und sozialdemokratischen Partei, parlamentarische Unterhausverhältnisse usw. möglich seien. Es sollte ihnen gesagt werden, es sei unerwünscht, daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen. Jagow hat mir die Mitteilung im Auftrag Kapps gemacht.

Präsident: Haben Sie im Ministerium Widerstand gefunden? Neuge: Nicht im geringsten. Am Sonntag wollte Jagow die Herren im Ministerium kennen lernen. Sie wurden zusammenberufen und Jagow hielt eine kurze Ansprache. Ministerialdirektor Weitzer erklärte, die Beamten wollten weiter arbeiten, das solle aber nicht heißen, daß sie die neuen Verhältnisse anerkennen. Sie wollten nur weiter arbeiten wie nach dem 9. November 1918.

General a. D. Maercker:

Nach Dresden war der Fernspruch Wittwibs gekommen, daß der Regierungsumschwung sich ohne Mutverstoßen vollziehen werde. Ein zweiter Fernspruch ging dahin, daß die Minister sich zurückziehen seien. Mich überraschte dieser Vorgang vollkommen. Ich hatte nur erfahren, daß Wittwib infolge von Zwistigkeiten mit Koste den Abschied erhalten solle. Doch er deutete war, habe ich erst gestern hier aus dem Verhandlungsbericht erfahren. Bereits im Juli 1919 sprach Oberst Bauer davon, daß die Regierung von Weimar gestürzt und die Nationalversammlung ausgerufen werden müsse. Bauer forderte mich auf, hierbei zu helfen. Ich richtete einige Tage später eine Reihe von Vorstellungen an Wittwib für den Fall, daß es zu einer Änderung der Regierung kommen sollte. Von einer monarchistischen Änderung war keine Rede. Anfang März 1920 habe ich seine Botschaft mit den Männern des Kappunternehmens. Ich wurde, wie schon bemerkt, von den Ereignissen völlig überrascht. Kapp hielt ich für unfähig, Neuerungen durchzuführen. Für

mich war es klar, daß das Unternehmen scheitern müsse, weil keine Parole für ganz Deutschland aufgestellt war.

In Dresden habe ich mich zum Schutz der Minister bereit erklärt, andererseits war ich auch bereit, die Anordnungen Wittwib zur Aufrechterhaltung der Ordnung auszuführen.

Koste konnte in Dresden keine Anordnungen treffen. Er hatte ja kein Bureau. Die drei bürgerlichen Minister erschienen vormittags am meinem Bureau und waren sehr aufgeregt, namentlich Koste. Wie kam aber ich als General dazu, von zivilistischen Ministern irgend eine Meinung entgegenzunehmen? Koste beklagte sich über das Verhalten der Truppen in Berlin. Als ich sagte, ich wolle nach Berlin reisen und mit Wittwib verhandeln, meinte Koste, es sei ausgeschlossen, die Regierung könne mit Koste und Wittwib nicht verhandeln. Ich sah eine Proklamationsheraus, daß ich mich dem Generaldirektor widersetze. Koste war schließlich einverstanden, daß ich nach Berlin fahre. Aus Wiesenters Stimme meiner Ansicht an, während sich Koste und Gieseler ablehnen verhielten. Ich entwickelte meinen Plan vor dem Reichs- und sächsischen Ministerium und Ebert war damit einverstanden.

Am Sonntag kam ich nach Berlin und nahm an einer Kabinettsitzung unter Kapp teil, der eine optimistische Ansprache hielt. Ich hielt dann ebenfalls eine Rede, in welcher ich auf das Bedenkliche des Kappunternehmens hinwies, das völlig unvorbereitet sei. Wenn diesem Zustand nicht bald ein Ende gemacht werde, müsse es zu einem Kampfe zwischen Reichswehr und Reichswehr kommen. Dem müsse vorgebeugt werden.

In Dresden siehe die Regierung unter meinem Schutz.

Die Reichsregierung habe erklärt, mit Vorkämpfen werde nicht verhandelt. Wangerheim sagte dann, wenn der Generaldirektor nicht innerhalb 18 Stunden abgeben werde, würden die Städte keine Lebensmittel mehr bekommen. Ich wurde erucht, mir die Antwort am nächsten Morgen zu holen und hatte den Eindruck, daß die Herren sehr selbstbewußt waren. Für eine Kabinettsitzung habe ich eine Versammlung nicht gehalten, da noch manche andere Persönlichkeiten daran teilnehmen. Dr. Schiele konnte ich bis dahin noch nicht. Am andern Morgen bekam ich schließlich eine Note mit acht Forderungen überreicht: Neuwahl des Reichspräsidenten, Radikalisierung, Schaffung einer zweiten Kammer, Amnestie für alle Vorkämpfe seit dem 9. November 1918 usw. Geordert wurde auch die Anerkennung der Kapp-Regierung als ordnungsmäßige Regierung. Die Amnestieforderung deutete darauf hin, daß sich Kapp nicht mehr sicher fühlte. Am Montag hatte ich einen heftigen Zusammenstoß mit Wittwib. Er hatte über meinen Kopf hinweg einen meiner Brigadekommandeure abgesetzt. Er wollte mich dann auch selbst absetzen. Ich verwies ihn darauf, daß die Mehrheit der Truppen anstandslos nicht mehr hinter ihm stünde. Als einer der Chefs der Reichswehr war ich bemüht, Kämpfe von Reichswehr gegen Reichswehr zu verhindern.

(Bei Redaktionschluss dauerten die Verhandlungen noch fort.)

Strefemann über die politische Lage.

Programatische Erklärungen in einem Vortrag in Dresden. (Weitern. Montag, abend hielt Dr. Strefemann in dem überfüllten Saale des Holplatzes in Dresden eine große zweistündige Rede über die politische Lage. Zu Beginn seines Vortrages teilte er mit, daß er seinen einleitenden Vortrag gehalten hätte, daß dieser nicht glaube, in den nächsten Tagen eine Erklärung im Anschluß für auswärtige Angelegenheiten abgeben zu können. Dr. Strefemann wies dann kurz auf die brennendsten Fragen der deutschen Zahlungen hin und warnte vor einem Diktumismus hinsichtlich eines Entgegenkommens unserer Feinde, zumal uns eine Anleihe oder ein sonstiges Entgegenkommen nur unter Bedingungen gewährt werden würde, die den Rest der Finanznot Deutschlands vernichten würden. Was alles jetzt verlangt würde, würde nicht zu übersehen.

Bei der Schilderung unserer

ausenpolitischen Lage

ging er von der Verhüllung aus, daß das ganze deutsche Volk Schuld an dem Zusammenbruch habe, und es freudig wäre, einem Volksteile die Schuld zu schreiben. Das Diktum von Versailles wäre nur durch zwei grundlegende Irrtümer möglich gewesen, und zwar durch den Irrtum, das Meer auseinanderlassen zu lassen und gleichzeitig zu glauben, daß Deutschland dann noch Subjekt der Weltpolitik sein könnte, und durch den anderen Irrtum, daß nach Wilsons Punkten ein erträglicher Friede für Deutschland zustandekommen könnte. In unserer heutigen Lage an einen bewaffneten Widerstand gegen Versailles zu denken, wäre töricht und unmöglich. Allein möglich wäre nur der moralische Widerstand eines im Nationalbewußtsein einigen Volkes. Die Deutsche nationale Volkspartei erkenne entweder nicht die realpolitische Lage, oder aber, sie habe noch nicht die Folgerung daraus gezogen, während die Demokraten den Zusammenbruch ihrer internationalen demokratischen Ideen erlebt hätten. Die erste Aufgabe wäre, das Reich in seiner Einheit zu erhalten. Die Deutsche Volkspartei würde im Ausland als Partei der Wirtlichkeit angesehen, und das wäre ihre Stärke gegenüber dem Ausland. In Amerika dränge die Auffassung immer mehr durch, daß bei der Fortnahme einer Veränderung unserer wirtschaftlichen Lage

Die Deutsche Volkspartei in der Regierung sein möchte.

Aus diesen Überlegungen heraus hätte die Deutsche Volkspartei auch das Londoner Ultimatum und das Diktum über Oberhessen ablehnen müssen; denn durch die Unterzeichnung wäre sie auch als Garant der Abmachungen angesehen worden. Strefemann schilderte dann ausführlich die unhaltbare wirtschaftliche Lage, die durch den deutschen Zusammenbruch in den feindlichen Ländern entstanden ist und wies darauf hin, daß infolgedessen Vernunft eigentlich nur in den Wirtschaftskreisen des Auslandes zu finden wäre. Diese Entwicklung hätte große Fortschritte gemacht, wäre aber durch das oberhessische Abkommen unterbrochen worden. Außerdem fände diese Entwicklung die schärfste Ablehnung, zwar nicht vom französischen Volke, wohl aber von den französischen Politikern. Die psychologischen Voraussetzungen dieser Gefinnungsart erläuterte er dann eingehend. Eindringlich bat der Redner, endlich den Streik über die Schuld am Zusammenbruch zu begraben und alle Kraft darauf zu verwenden, daß das Rheinland und Bayern allen Verlockungen der Feinde widerstände. Und wenn die bairische Königsparthei heute mit dem Gedanken einer Wiederaufrichtung der Monarchie spiele, möchte man ihr zurufen: „Laßt das um Gotteswillen, Ihr legt die Art an die Wurzel der deutschen Einheit, Ihr treibt nur französische Politik.“

Das Problem der Gegenwart wäre, ob es den Amerikanern gelänge, mit ihrer wirtschaftlichen Auffassung durchzudringen; denn England wäre noch nie so ohnmächtig auf dem Kontinent gewesen wie jetzt, da nur Frankreich die europäischen Weltanschauung bestimme. Americas Stellung wäre erheblich besser, weil es der Kreditgeber Frankreichs sei und dieses wirtschaftlich in der Hand habe. Strefemann hat persönlich ein Zurückdrängen der Kriegsschuldfrage auf die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands für besser, als alle anderen Versuche, wie durch ein Moratorium dem deutschen Volke zu helfen, zumal auch hierdurch das Damoklesschwert der feindlichen Bedingungen usw. über dem Haupte Deutschlands schweben würde.

Auf die innere politische Lage

übergehend, betonte er, daß wir die innere Politik übersehen und die Außenpolitik unterschätzen. Aus den Fehlern der Vergangenheit müßten wir lernen, daß das Anstreben eines Rechtsblockes eine törichte Politik wäre. Wer an eine deutsche Zukunft glaube und daran arbeiten wolle, müßte zuerst die Einheit des Volkes wieder herstellen. In kurzen Sätzen urteilte der Redner dann die Vorgänge in der sogenannten Revolution. Für die schlimmste Selbsterniedrigung des deutschen Volkes halte er die Niederholung der alten deutschen Fiktion und tadelte an der Revolution, daß sie jeden Nationalgefühl beseitigt hätte. Wenn die damaligen Machthaber gegen das entsetzliche Diktum von Versailles einen nationalen Widerstand auf die Beine gebracht hätten, hätte er ihnen Hochachtung gezollt. Strefemann erörterte dann weiter eingehend, wie durch die praktische Arbeit der Sozialisten im Staate die sozialistischen Ideale der Vorkriegszeit zusammengebrochen wären, und die Erkenntnis dieser Tatsache nicht nur in sozialistischen Kreisen, sondern vor allem auch in sozialistischen Volksteilen selbst weiter entwickelt. Gerade darum sei ein Rechtsblock falsch, weil damit diese

Moratorium oder endgültige Lösung des Reparationsproblems?

Berlin, 13. Dez. Nachdem Dr. Rathenau gestern vormittag dem Reichskanzler Dr. Wirth über die Londoner Besprechungen einen erst kurzen Bericht erstattet hatte, fand nachmittags in der Reichskanzlei eine sogenannte Chefbesprechung statt, in der Rathenau eingehend über seine Verhandlungen in London Vortrag hielt. An der Sitzung nahmen außer dem Reichskanzler der Reichsfinanzminister Dr. Diercks, der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sowie der Staatssekretär v. Daniels als Vertreter des Auswärtigen Amtes teil. Ueber das Ergebnis dieser Besprechungen wußt man freilich nichts. Die Beratungen sollen heute fortgesetzt werden. — Die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob sie gewillt sei, Deutschland einen Kredit einzuräumen, soll nunmehr eingetroffen sein. Ueber die Art dieser Antwort wird noch strengstes Stillschweigen bewahrt. In der Frage der Gewährung eines Moratoriums wird noch mitgeteilt, daß man diese Frage bei weitem überschätzt. Die Gewährung eines Moratoriums würde nur ein hinauschieben der endgültigen Lösung der Reparationsfrage bedeuten. Deutschland habe aber nur Interesse an einer möglichst raschen und endgültigen Lösung des gesamten Reparationsproblems. Man sei der Ansicht, daß es bei dieser Regelung in der Hauptsache darauf ankomme, eine Stabilisierung der Valuta herbeizuführen. Dies aber wäre durch ein Moratorium kaum zu erreichen, wenn auch vielleicht vorübergehend eine Besserung des Marktwertes sich bemerkbar machen würde. Man ist der Ansicht, daß es noch andere Wege außer der Erreichung des Moratoriums gäbe, um das Reparationsproblem in einer für Deutschland erträglichen Weise zu lösen.

Die Kanzlererklärung im Reichswirtschaftsrat.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung. Berlin, 13. Dez. Im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates, der über die Einrichtung einer Kreditversicherung der deutschen Gewerbe berät (Antrag Sachsenburg),

hat Reichskanzler Dr. Wirth vertraulich einen Ueberblick über die gesamte politische Lage und wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in einer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr Gegenstand öffentlicher und internationaler Diskussion geworden ist. Es sei von Bedeutung, daß diese Erörterungen fortgesetzt und vertieft werden. Deutschland müsse sich zur Mitarbeit bereit halten. Der sachsenburgische Vorschlag biete anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft an der politischen Mitarbeit zu beteiligen. Die Darstellungen des Reichskanzlers wurden beifällig aufgenommen. Ueber die Erklärung des Reichskanzlers soll ein amtlicher Bericht herausgegeben werden.

Vor einer Entlastung Deutschlands?

London, 13. Dez. Die „Morning Post“ schreibt: Obgleich Rathenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen mitgenommen hat, besteht doch Aussicht dafür, daß die Interalliierten einen Plan entwerfen werden, der der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung trägt. In gewissen amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß die geplante Entlastung für Deutschland wahrscheinlich nicht die Gewähr eines Moratoriums erhält in dem Sinne, wie dieses Wort im allgemeinen verstanden wird. Es herrsche die Ansicht, daß Deutschland durch den Verlust u. Adhärenz eine Entlastung verspüren würde. In weiten Kreisen mache sich eine unerschütterliche Stimmung für die nahe Zukunft geltend. (W. I. B.)

Genf, 13. Dez. Der „Temp“ meldet am Sonntag aus London: Rathenau's Londoner Mission ist gescheitert; das langjährige Moratorium ist den Deutschen verweigert worden. Dagegen wird Deutschland nach den Januar- und Februarzahlungen eine Verschlebung und Abänderung der nachschüssigen Zahlungen angedeutet. Die Unabhängigkeit vom Moratorium laufende Kreditation ist ebenfalls nicht nach den Wünschen erbeten, wenn auch hierüber die Verhandlungen zwischen London und Berlin noch fortbauern sollen.